



Gewerkschaft der Polizei • Max-Giese-Straße 22 • 24116 Kiel

Innen- und Rechtsausschuss
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Dr. Sebastian Galka

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per Mail: innenausschuss@landtag.ltsh.de

**Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel**

Tel.: 0431-17091
Fax: 0431-17092

gdp-schleswig-holstein@gdp.de
www.gdp-sh.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 07.30 bis 16.30 Uhr
Mi 07.30 bis 15.30 Uhr
Fr 07.30 bis 13.00 Uhr

Kiel, den 01. März 2022

Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Drucksachen 19/3546 und 19/3564

Sehr geehrte Frau Ostmeier, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Übersendung der Drucksachen 19/3546 und 19/3564 zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes Schleswig-Holstein. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kommt Ihrer Bitte sehr gern nach und nimmt zu den Entwürfen wie folgt Stellung:

Zum

a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der bereichsspezifischen Datenübermittlungsbefugnisse des Landesverwaltungsgesetzes in Fällen von Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verbesserung eines institutionen- und behördenübergreifenden Informationsaustauschs

hat sich die GdP bereits mit Schreiben vom 13. Dezember 2021 an das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung im Rahmen des Anhörungsverfahrens im Gesetzgebungsverfahren geäußert. Diese Stellungnahme hat weiterhin vollumfänglich bestand. Unsere damalige Stellungnahme übersenden wir anbei.

Auch an dieser Stelle erinnern wir erneut dringend daran, dass die Verwaltungsvorschrift zum unmittelbaren Zwang noch geändert werden muss. Seit einem Jahr ist die Novellierung des Landesverwaltungsgesetzes in Kraft. Bereits vor Inkrafttreten haben wir als GdP auf die fehlerhafte Formulierung zum § 255 LVwG hingewiesen. Lassen Sie unsere Kolleginnen und Kollegen mit der Auslegung des Gesetzes nicht allein und sorgen sie schnellstmöglich für eine Klarstellung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Fesselung von Personen.

Beim

b) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Befugnisse zur Bestands- und Nutzungsdatenerhebung im Landesverwaltungsgesetz an die Neuordnung der Übermittlungsbefugnisse im Bundesrecht

werden nach Auffassung der GdP lediglich Formulierungen an die Bundesgesetzgebung angepasst. Daher wird hier keine weitere Stellungnahme abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Sven Neumann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Sven Neumann
Stellvertretender Landesvorsitzender



**Gewerkschaft
der Polizei**
Schleswig-Holstein

Gewerkschaft der Polizei • Max-Giese-Straße 22 • 24116 Kiel

**Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel**

Tel.: 0431-17091
Fax: 0431-17092

gdp-schleswig-holstein@gdp.de
www.gdp-sh.de

Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration
und Gleichstellung

z. Hd. Dr. Joachim Reinhold

Postfach 71 25

24171 Kiel

per E-Mail an:

Joachim.Reinhold@im.landsh.de

Birte.Diethelm@im.landsh.de

Kiel, den 13. Dezember 2021

Beteiligung im Rahmen des Anhörungsverfahrens

Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Schleswig-Holstein zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der bereichsspezifischen Datenübermittlungsbefugnisse des Landesverwaltungsgesetzes in Fällen von Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verbesserung eines institutionen- und behördenübergreifenden Informationsaustausches

Sehr geehrter Dr. Reinhold,

mit Schreiben vom 15. November 2021 haben Sie uns die Möglichkeit eingeräumt, zum vorgelegten Entwurf zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes SH Stellung zu nehmen. Dieser Möglichkeit kommen wir hiermit sehr gerne nach.

Die Landesregierung möchte den § 201a LVwG neu regeln und damit der Polizei die Möglichkeit eröffnen, auch externe Beratungsstellen in die Arbeit mit einzubeziehen. Professionelle Aufgabewahrnehmung muss es möglich machen, mit diesen externen Partnern zusammenzuarbeiten. Allerdings kann sich dabei die Arbeit nicht auf eine weitergehende Opferbetreuung erstrecken. Hier ist die Polizei auf die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Partnern angewiesen. Somit ist aus Sicht der GdP der Grundgedanke richtig.

Dieser Datenaustausch stellt die Grundbedingung einer erfolgreichen interdisziplinären Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Netzwerkpartnern dar. Angemessen ist angesichts der Bedeutung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG auch die Aufnahme eines ausdrücklichen Zustimmungserfordernisses der gefährdeten Person sowie der Hinweis auf im Einzelfall entgegenstehende schutzwürdige Interessen betroffener Personen.

Allerdings gehört diese Normierung, die in Ansätzen bereits vor der letzten Novellierung des LVwG durch Gesetz vom 26.2.2021 (GVObI. 2021, S. 222) bestand, in den Regelungskomplex über die Verarbeitung personenbezogener Daten nach §§ 177 ff. LVwG. Allein dadurch können eine problematische Zerfaserung des Gesetzes verhindert und zugleich auch andere bedeutende Deliktsfelder erfasst werden. Auf die Möglichkeit und die Rahmenbedingungen einer polizeilichen Datenübermitt

lung sollte im § 201a LVwG lediglich durch einen kurzen Verweis auf die bereichsspezifische Regelung hingewiesen werden. Beispielhaft für weitere Deliktsfelder soll hier die Kinder- und Jugenddelinquenz genannt werden. Um Kinder und Jugendliche von kriminellen „Karrieren“ abzuhalten, wäre die Vernetzung mit entsprechenden Netzwerkpartnern ebenso denkbar.

Die Aufnahme der Regelung in § 201a Abs. 4 LVwG und die vorgesehenen umfangreichen Verweisungen auf die Datenverarbeitungsbestimmungen in den §§ 177 Abs. 2 u. 4, 191, 193 Abs. 1 Satz 1, 2 u. 3 LVwG sind systematisch fragwürdig und führen zur Unübersichtlichkeit des bestehenden Normengefüges.

Zum Abschluss sei noch ein Hinweis auf die Novellierung des Landesverwaltungsgesetzes vom 26.02.2021 gestattet. Die Gewerkschaft der Polizei hatte in ihrer damaligen Stellungnahme bereits auf eine Regelungslücke bei der Fesselung von Personen (§ 255 LVwG) hingewiesen. In der Novellierung wurde nicht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Fesselung von Personen eingegangen. Dies sollte dann in den Ausführungsbestimmungen nachgeholt werden. Diese sind bis zum heutigen Tage leider noch nicht angepasst worden.

Der Entwurf zu diesen internen Ausführungsbestimmungen liegt bereits seit mehreren Monaten vor und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Interpretation der zum Teil neugefassten Vollzugsbestimmungen darf nicht den handelnden Beamten aufgebürdet werden.

Bei dieser Stellungnahme wurde die Gewerkschaft der Polizei von Prof./Ltd. Regierungsdirektor a.D. Hartmut Brenneisen unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand
i.A.



Sven Neumann
Stellvertretender Landesvorsitzender